



PIRATENGRUPPE

IM RAT DER STADT KÖLN

An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Thomas Hegenbarth

Lisa Gerlach

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 03.12.2015

AN/1900/2015

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	15.12.2015

Antrag auf Umbenennung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Bezeichnung geeigneter für den Ausschuss wäre und wie hoch der Aufwand für eine Umbenennung ist. Ein Bericht dazu ist zu Beginn des 2.Quartals 2016 vorzulegen.

Begründung:

"Nach § 24 GO NRW hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat oder die Bezirksvertretung zu wenden. Zur Behandlung der Eingaben an den Rat der Stadt Köln hat der Rat einen Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gebildet. Je nach Zuständigkeit können Sie sich also an den Ausschuss oder die zuständige Bezirksvertretung wenden." So die aktuelle Aufgabenbeschreibung des Ausschusses auf den Seiten der Stadt Köln.¹

Die Einführung des Ausschusses Anregungen und Beschwerden wurde in den 90er Jahren im Rat der Stadt beschlossen. Die Begriffe „Beschwerde“ und „Anregung“ werden dem heu-

¹ <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/ausschuesse-und-gremien/ausschuss-anregungen-und-beschwerden>

tigen Bedürfnis und Selbstverständnis von Bürgerbeteiligung und Teilhabe jedoch bei weitem nicht gerecht, gehen nicht weit genug oder haben mittlerweile eine negative Konnotation. Dass es dabei nicht um Wortklauberei geht, zeigen zum Beispiel die Städte Aachen und Bonn, die ihre entsprechenden Ausschüsse in „Bürgerausschuss“, „Ausschuss für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger“ oder „Bürgerforum“ umbenannt haben. Die Kommunen machen durch diese Sprachregelung auch nach außen sichtbar, dass es in diesen Ausschüssen nicht nur um Beschwerden und Anregungen geht, sondern um Bürgerbeteiligung. Wir erhoffen uns mit diesem Antrag und der Namensänderung auch eine bessere Akzeptanz.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich nicht beschweren, sie wollen teilhaben.

Weitere Begründung mündlich.

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach